parlamentsreport

05–2023

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

4 Dieser Krieg muss beendet werden: Erklärung der LINKEN Vorsitzenden

5 Neue kommunalpolitische Sprecherin: Katja Maurer verstärkt das Ressort

8 Die letzte Seite: „Der Tag an dem…“ - Bücher von Marc-Uwe Kling

Soziale Kämpfe

Menschen, die weder eindeutig männlich oder weiblich sind, können sich als divers registrieren. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes im Jahr 2017 hat viele Menschen mit ihrer eigenen Identität sichtbar gemacht, anstatt ihnen wie bisher eine von zwei Geschlechteridentitäten überzustülpen. Gesellschaftlich wurde mit dieser Entscheidung die geschlechtliche Vielfalt sichtbar gemacht und die Marginalisierung von Menschen, die nicht der Zweigeschlechtlichkeit entsprechen, zumindest rechtlich beendet. Warum dies vorangestellt, wenige Tage vor dem Frauentag?

Das tradierte Konzept der Zweigeschlechtlichkeit begleitet seit vielen Jahrhunderten die Diskriminierung und Benachteiligung von Frauen: weniger Lohn, geringere Repräsentanz in politischen, wirtschaftlichen oder wissenschaftlichen Gremien, Zuschreibung von naheliegenden und abseitigen Funktionen oder Tätigkeiten sowie der überdurchschnittliche Anteil an geleisteter Sorgearbeit. Geschlechterfragen sind immer auch soziale Fragen und solange die Kategorisierung nach Geschlecht soziale, ökonomische und politische Benachteiligung für einen Teil der Gesellschaft mit sich bringt, so lange sind auch Geschlechterkämpfe notwendige politische Kämpfe um Teilhabe und gerechte Verteilung. Der Frauentag manifestiert damit nicht die Zweigeschlechtlichkeit, sondern ist ein notwendiger Aktionstag gegen das Konzept von Geschlecht als soziale Kategorie und gegen die Diskriminierung und Benachteiligung von nahezu der Hälfte aller Menschen.

Geschlechtliche Vielfalt endet nicht mit den Frauen, aber sie beginnt mit ihnen. Die Anerkennung dieser geschlechtlichen Vielfalt ist der notwendige Schritt, zur sozialen und politischen Gleichbehandlung aller Menschen.

Steffen Dittes, Fraktionsvorsitzender

Linker Ticker

Anlässlich des Equal Care Days äußert sich **Karola Stange**, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und gleichstellungs- und sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, wie folgt: „Mit dem Equal Care Day richten wir den Blick auf dieses gesellschaftliche Missverhältnis: Sorgearbeit ist wesentlich für den Zusammenhalt der Gesellschaft und für das Funktionieren der Familie zuständig. Sie findet in unserer Gesellschaft noch immer kaum Anerkennung und wird zu häufig für selbstverständlich angesehen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle meinen herzlichen Dank ausrichten und sagen: Wir brauchen endlich eine gerechte Anerkennung der Sorgearbeit in Deutschland.“ Gesundheitspolitischer Sprecher **Ralf Plötner** ergänzte: „Auch im Bereich der Pflege zeigt sich, dass das Verhältnis von Frauen und Männern sehr unausgeglichen ist. 4 von 5 Pflegekräften sind Frauen und dazu kommt, dass das Armutsrisiko viel höher liegt, da für Frauen weniger Aufstiegsmöglichkeiten bestehen und der Anteil von Teilzeitbeschäftigung bei Frauen sehr hoch ist.“ +++ **Daniel Reinhardt**, Sprecher für frühkindliche Bildung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, spricht sich klar für eine Fortführung der Programme „Vielfalt vor Ort begegnen“ und „Sprachkindergärten“ aus. „Wir wissen als Abgeordnete, dass die Programme derzeitig auslaufen. Es braucht zügig eine Zusage zur Fortfinanzierung der Programme „Vielfalt vor Ort“ und „Sprachkindergärten“ in Thüringen. Die Zeit drängt in den Kindergärten vor Ort. Mittlerweile verlassen ersten Mitarbeiter:innen ihre Projektstelle, so berichten uns verschiedene Träger. +++ Bezüglich der Äußerungen der CDU zu Integrationskursen an den Volkshochschulen stellt Christian Schaft, der Sprecher für Erwachsenenbildung der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, klar: „Der Vorwurf des CDU-Abgeordneten König läuft völlig ins Leere und das müsste er auch wissen. Der Änderungsantrag der Union sah vor, die Mittel aus dem Landesprogramm Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit konkret für die politische Bildung an den Volkshochschulen zu nutzen. Eine Finanzierung von Integrationskursen wäre nicht möglich gewesen.“

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Redaktion: Lisa Hilpert
V.i.S.d.P.: Olaf Weichler

Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
Web: www.die-linke-thl.de
Redaktionsschluss: 01. März 2023

Gesundheit. Überall gleich gut.

LINKE Abgeordnete im Gespräch mit niedergelassenen Ärzt:innen

Wie kommt die Praxis eigentlich zur Ärztin oder dem Arzt? Das fragte sich das Team des offenen Jugend- und Wahlkreisbüros ZinXX des LINKEN Landtagsabgeordneten Christian Schaft in Ilmenau. Sie luden deshalb niedergelassenen Ärzt:innen im südlichen Ilm-Kreis zum Expert:innenstammtisch ein. Wie kann die medizinische Versorgung trotz Fachkräftemangels überall gleich gut gewährleistet werden? Diese Frage stand im Mittelpunkt des gemeinsamen Austausches, an dem auch der gesundheitspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Ralf Plötner, teilnahm.

Egal ob Hausärzt:in, Zahnärzt:in, Psychotherapeutin oder Notfallsanitäter:in - alle treibt die Frage um, wie es zu schaffen ist, angesichts der demografischen Entwicklung nicht nur angehende Ärzt:innen nach ihrem Medizinstudium in Thüringen zu halten, sondern auch wie unsere älter werdende Bevölkerung die bestmögliche Versorgung erlangt. In einer guten und fachlichen Diskussion brachten die Gesundheitsexpert:innen verschiedene aktuelle Problemstellungen zur Sprache und suchten gemeinsam mit den Abgeordneten nach Lösungen. Die identifizierten Probleme und Herausforderungen, vor denen niedergelassene Mediziner:innen aktuell stehen, sind vielfältig.

Die Suche nach qualifiziertem Personal zur Unterstützung erweist sich als zunehmend schwierig. Gleichzeitig wiesen die Ärzt:innen darauf hin, wie essenziell wichtig die Teamarbeit und die Unterstützung durch medizinische Fachangestellte, Verwaltungskräfte, aber auch technische Lösungen sind. Nur wenn es ein funktionierendes Team gibt und auch die Praxen mitgedacht werden als Teil eines breit aufgestellten Versorgungs- und Pflegenetzwerkes, funktioniere die Gesundheitsversorgung nachhaltig. Aber nicht nur die Frage, wie die Nachfolge von Ärzt:innen gewährleistet werden kann, stünde im Raum. Vor allem für den ländlichen Raum forderten die Expert:innen auch eine bessere finanzielle Unterstützung bei der Aus- und Weiterbildung unterstützender Berufe. Genannt wurden hier neue Strukturen und Modelle der Gesundheitsversorgung und der Aufbau von Gesundheitsnetzwerken. Beispiele, die diskutiert wurden, waren Primärversorgungspraxen, die Etablierung von Arztassistent:innen oder Gemeindesanitäter:innen zur Stärkung der Erstversorgung. Positiv wurde deshalb das Modell VERAH in Thüringen hervorgehoben. VERAH (Versorgungsassistent:in in der Hausarztpraxis) sind erfahrene medizinische Fachangestellte, die sich über eine hoch qualifizierte Weiterbildungsmaßnahme fortgebildet haben. Diese übernehmen arztentlastende Aufgaben und unterstützen dadurch bei der Sicherstellung einer umfassenden Patient:innenbetreuung.Doch auch trotz neuer Modelle und Strukturen sei es absehbar, dass in Zukunft die Zahl der niedergelassenen Praxen schrumpfen kann. Darum nahm auch die Frage nach der Prävention einen wichtigen Stellenwert in der Debatte ein, um das Bewusstsein für Gesundheitsprävention erheblich zu stärken. Ein gesunder Lebensstil bietet einen hohen Schutz vor den sogenannten Zivilisationskrankheiten. In der Diskussion forderten die Expert:innen deshalb, die Prävention an Kitas und Schulen erheblich zu stärken. Dies könne zum Beispiel im Sportunterricht geschehen, der stärker den Charakter eines „Gesundheitsunterrichtes“ bekommen könnte“, der den Fokus auf Bewegung, gesunde Ernährung, Zahngesundheit, Erste Hilfe sowie psychische Prävention legt.

Einigkeit bestand auch darin, dass es eine grundlegende Umgestaltung des Gesundheitswesens brauche. Hier liege der Handlungsbedarf insbesondere auf der Bundesebene. Um die finanzielle Grundlage für den Gesundheitsbereich und damit auch die niedergelassenen Ärzt:innen zu verbessern, sprachen sich die Teilnehmer:innen auch für eine Bürgerversicherung aus, in die alle einzahlen. Es wäre eine Win-Win-Situation für die Ärzt:innen, deren Leistungen besser bezahlt werden könnten, wenn mehr Geld im Topf ist. Und für die Versicherten, wenn starke Schultern mehr tragen, könnte zudem auch der Krankenkassenbeitrag für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen sinken.

Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt dessen, was in drei Stunden gemeinsam diskutiert wurde. Der Handlungsbedarf ist da. Maßnahmen des Landes wie die Etablierung der Telemedizin, Projekte wie der „Landengel“ als Versorgungsmodell zur bedarfsorientierten Gesundheitsversorgung oder AGATHE zur Unterstützung gesellschaftlicher Teilhabe von pflegebedürftigen Personen sind bereits jetzt wichtige Bausteine. Das noch welche hinzukommen müssen, zeigte die Debatte. Der gemeinsame Austausch am Expert:innenstammtisch hilft dabei in den Regionen mit den Ärzt:innen, Pflegenden und weiteren Akteur:innen zusammen, damit die Herausforderungen gemeinsam gestemmt werden können. Im offenen Jugend- und Wahlkreisbüro ZinXX laufen schon die Planungen für den nächsten. Dann mit den Pflegekräften als wichtige Säule der regionalen Gesundheits- und Versorgungslandschaft.

Nachhaltige Unterstützung für Thüringer Tourismus im ländlichen Raum

Tourismus-Geschäftsführer Gösel folgt Einladung der Fraktion

Der neue Geschäftsführer der Thüringer Tourismus GmbH (TTG), Christoph Gösel, folgte Anfang März der Einladung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Gösel präsentierte die zukünftigen Schwerpunkte seiner Arbeit, stellte sich den Fragen der Abgeordneten und nahm das tourismuspolitische Positionspapier der Fraktion entgegen. Knut Korschewsky, tourismuspolitischer Sprecher der Linksfraktion, zeigt sich erfreut über den Besuch von Gösel und erläutert: „Die Diskussion hat gezeigt, dass der Tourismus in Thüringen vor großen Herausforderungen steht. Das Gebot der Stunde ist die Bewältigung der Klimakrise und die Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie. Besonders im ländlichen Raum fehlt es an gemeinsamen verkehrspolitischen Konzepten für touristische Ausflugsziele und gastronomischen Angeboten, um Gäste und deren Aufenthaltsdauer in Thüringen zu stärken."

Korschewsky gibt sich zuversichtlich und erklärt: „Die Rennrodel- und Biathlon-Weltmeisterschaften haben der Tourismusbranche in Thüringen gut getan und das Erlebnis- und Sportevent Oberhof in seinem ganzen Glanz erstrahlen lassen. Gleichzeitig dürfen wir jetzt nicht nachlassen. Tourismus muss ökologisch sein. Wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig ist der Tourismus von einer intakten Natur abhängig, deshalb braucht es für die Wintersportregionen in Thüringen ganzjährige Nutzungskonzepte, den Ausbau von öffentlichem Nahverkehr in ländlichen Regionen mit dem ÖPNV, Anruf-Bussen und Sammeltaxen, um Verbindungslücken zu überbrücken."

Zudem kam es in den letzten Jahren zu Personalmangel in der Gastronomie sowie Schließungen beziehungsweise Betriebsaufgaben von kleinen und mittleren Beherbergungs- und Gastronomiebetrieben. „Der Personalmangel ist in der ganzen Tourismusbranche ein großes Problem, dem der Freistaat mit entsprechenden Kampagnen und weiterer Anwerbung und Ausbildung von Fachkräften begegnen muss.

Das Fehlen von Unternehmensnachfolgen aufgrund altersbedingter Schließungen der Betriebe ist vordergründig eine Herausforderung im ländlichen Raum. In Anlehnung an die Meistergründungsprämie im Handwerk ist zu überlegen, die finanzielle Förderung von Gastronomiebetrieben im ländlichen Raum durch einen sogenannten „Gastrobonus" in Höhe von 15.000 Euro je Neugründung beziehungsweise Unternehmensnachfolge voranzutreiben", so der LINKE-Abgeordnete abschließend.

Die Thüringen Ausstellung 2023

In diesem Jahr war die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag wieder mit einem großen Stand auf der Messe in Erfurt vertreten. Die Abgeordneten und Mitarbeiter:innen freuten sich über regen Austausch mit den Besucher:innen und das große Interesse!

Erklärung zum sofortigen Kriegsende

Von Ulrike Grosse-Röthig, Christian Schaft und Steffen Dittes aus Anlass des 24. Februar 2023

Eine Gewöhnung an den Krieg darf es nicht geben. Nicht ein Jahr nach dem verbrecherischen Überfall Russlands auf die Ukraine. Nicht später. Niemals. Der Krieg mordete zehntausende Menschen und zerstörte die Lebensgrundlage von Millionen Menschen. Ein Fortdauern des Krieges bedeutet, dass das Töten und Zerstören fortgesetzt wird, dass das vielfache Leid für die in der Ukraine lebenden Menschen kein Ende findet, dass junge Menschen weiter als Soldaten – ob gezwungen oder freiwillig – im Krieg ihr Leben lassen, dass Millionen geflüchtete Menschen nicht nach Hause zurückkehren können, dass bedürftige Menschen nicht ausreichend mit Getreide aus der Ukraine versorgt werden können, dass Staaten weiter militärisch aufrüsten und die nukleare Bedrohung von der einstigen Abschreckungsdoktrin zur realen Gefahr wird.

Der Aggressor Russland ist jederzeit und alleinig in der Lage, den russischen Krieg gegen die Ukraine zu beenden und seine Armee und Söldnergruppen aus der Ukraine zurückzuziehen. Dieser Krieg muss beendet werden. Sofort.

Recht zur Flucht

Im Krieg sind die Menschen in der Ukraine die Opfer. Sie haben das Recht, sich gegen die völkerrechtswidrige Aggression zur Wehr zu setzen. Sie haben auch das Recht, sich dem Krieg durch Flucht zu entziehen. Auch jeder russische Soldat, der sich dem Krieg verweigert, muss den Schutz außerhalb Russlands erhalten.

Es ist nicht nur eine Frage des Völkerrechts, ob die Bundesrepublik Deutschland Kriegsbeteiligter ist oder nicht. Menschen weit über die Ukraine hinaus sind durch die humanitäre Aufnahme von Geflüchteten, durch den Mangel an Getreideversorgung, durch die Auswirkungen auf Lebensmittel- und Energiepreise, durch die Aufrüstungsentscheidungen und durch die das persönliche Leben beeinflussende Bedrohungspotential längst zu mittelbar Betroffenen geworden. Die Staaten, in denen sie leben, haben durch Sanktionen, Waffenlieferungen, politische Resolutionen und auch durch Versuche der Diplomatie Verantwortung in diesem Krieg und für die von diesem Krieg betroffenen Menschen übernommen. Die individuelle Haltung zur Frage der Lieferung von Waffen aus der Bundesrepublik an die Ukraine ist eine von vielen historischen, politischen, strategischen und auch sehr persönlichen Faktoren abhängige, die jede:r für sich mit dem unbestrittenen Selbstverteidigungsrecht der in der Ukraine lebenden Menschen abwägen muss. **Und keine:r ist dafür zu verurteilen, in dieser keinesfalls einfachen oder eindeutigen Frage eine Meinung gefunden zu haben.** Diejenigen, die sich gegen die Beteiligung der Bundesrepublik an Waffenlieferungen aussprechen, sind vor die Frage gestellt, wie der Weg hin zu einem Ende des Krieges über Verhandlungen möglich werden kann, wenn der Aggressor zu keinerlei Verhandlungen bereit ist. Und diejenigen, die sich für die Lieferung von Waffen aussprechen und somit einen militärischen Sieg der Ukraine gegen Russland anstreben, müssen sich fragen lassen, wie, wann und zu welchem Preis der angestrebte militärische Sieg über die Nuklearmacht Russland zu erreichen ist?

Erster Schritt: Waffenstillstand

Wir stehen solidarisch an der Seite der Menschen und streiten für deren elementarstes Menschenrecht. Das Recht auf Leben kann aber nur gewahrt werden, wenn keine Raketen, Bomben, Panzer und Geschütze mehr zum Einsatz kommen. Ein sofortiger Waffenstillstand bedeutet noch lange keinen Frieden für die Menschen in der Ukraine. Frieden herrscht erst, wenn Menschen ohne Angst und in sozialer, ökonomischer und politischer Freiheit leben können, ihre Kultur entsprechend ihrer individuellen Bedürfnisse pflegen, ihre Sprache sprechen können. Aber ein Waffenstillstand ist immer der notwendige erste Schritt, der zu einem Ende des Krieges und weiter zum Aufbau einer Friedensordnung führen kann. Ohne einen Waffenstillstand zu Beginn aber wird es keinen Frieden geben.

Uns sorgt, dass sowohl in der internationalen als auch der bundesrepublikanischen Politik, spür- und wahrnehmbar militärische Logiken und Ziele die Oberhand über den Wunsch nach einem schnellen Ende des Krieges gewonnen haben und zur Grundlage politischer Entscheidungen geworden sind. Oder anders: **Wir erkennen nicht mehr, welche Wege von Diplomatie und Verhandlung die internationale Staatengemeinschaft unabhängig der unbestrittenen Hauptverantwortung Russlands selbst sucht, die Waffen zum Schweigen zu bringen.** Daraus leitet sich unsere Sorge weiterer Eskalationen ab, die um ein Vielfaches höheres Leid den Menschen in der Ukraine und weit darüber hinaus bringen werden und im Falle eines nuklearen Angriffs auch das Leben weltweit existenziell gefährden.

Friedens- statt Militärlogik

Diese Sorge teilen wir mit vielen Menschen, nicht nur in Thüringen. Es ist ebenso legitim wie notwendig, für Diplomatie und Verhandlungen, für Friedens- statt Militärlogik, für das Ende des Krieges und für den Frieden das Wort öffentlich zu erheben oder auf Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen einzutreten. Wer dies - wie etwa der Philosoph Jürgen Habermas am 14. Februar in der Süddeutschen Zeitung - verantwortungsvoll tut, bedarf politischer wie medialer Beachtung. Aus einer nach einem schnellen Ende des Tötens und Zerstörens suchenden Position die Unterstellung abzuleiten, einseitig für den russischen Aggressor Partei zu ergreifen, bedeutet hingegen das Ende von Politik und nichtmilitärischen Lösungen im Fall des Bruchs des Völkerrechts.

Keine mit einer Friedenspartei vereinbaren Positionierung ist es aber, seine Position gegen den Krieg aus nationalen Interessen einer Volksgemeinschaft abzuleiten oder mit dem unbestritten komplexen historischen, geostrategischen, politischen und ökonomischen Bedingungsgefüge eine Täter-Opfer-Umkehr bei der Frage des völkerrechtswidrigen Überfalls Russland zu erklären oder gar zu rechtfertigen. Ebenso unvereinbar ist es, mit denen gemeinsame Sache zu machen, die neben dem internationalen Völkerrecht, die Grund- und Menschenrechte als Grundlage für ein friedliches Zusammenleben, tagtäglich in Frage stellen sowie Freiheit und Demokratie verbal und tätlich angreifen. Wer sich der Gefahr der Instrumentalisierung nicht aussetzen will, findet klare und unmissverständliche Worte der Abgrenzung. Denn wer für den Frieden eintritt, demonstriert gegen die extreme Rechte und nicht mit ihnen an der Seite.

Illegaler Akt der Aggression

Für uns gilt unverändert: **„Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist ein in jeder Hinsicht illegitimer Akt der Aggression, der zeigt, zu welcher Konsequenz Nationalismus und imperiales Großmachtdenken immer führen.** Mit dieser militärischen Eskalation hat ein Krieg in einem über viele Jahrzehnte kaum vorstellbaren Ausmaß in Europa begonnen, dessen Ausbreitung und Folgen unvorhersehbar sind. ... Unsere Solidarität und Unterstützung gilt denjenigen, die sich – auch und insbesondere in Russland - für das sofortige Ende des Angriffes und für den Frieden einsetzen.“

Neue kommunalpolitische Sprecherin

Katja Maurer übernimmt Ressort von Sascha Bilay

Der kommunalpolitische Bereich der DIE LINKE Fraktion im Thüringer Landtag soll auf breitere Schultern gestellt werden, das kündigten Fraktionsvorsitzender Steffen Dittes und stellvertretende Vorsitzende Katja Maurer Ende Februar bei einer Pressekonferenz im Thüringer Landtag an. Es sei eine logische Konsequenz, das Team der Fraktion DIE LINKE zu erweitern. Katja Maurer, die bisherige Sprecherin für Umwelt, Klima und Naturschutz, wird zukünftig die kommunalpolitische Sprecherin der Fraktion. Sascha Bilay, der das Amt bisher inne hatte, wird sich vollends auf den innenpolitischen Bereich konzentrieren.

Katja Maurer berichtet, dass sie als Stadträtin der Fraktion DIE LINKE Erfurt, aber auch in ihrer Funktion als Abgeordnete in der politischen Debatte zunehmend beobachte, dass Stadt und Land in Konkurrenz zueinander gesetzt werden. „Als LINKE haben wir aber immer gesagt, dass Land und Stadt gemeinsam weiterentwickelt werden müssen. Menschen im ländlichen Raum sind genauso auf die Stadt angewiesen wie Menschen aus der Stadt auf das Land. Insofern werde ich mich dafür einsetzen, dass Stadt und Land als Partner begriffen werden und dass wir, wenn wir über die Weiterentwicklung Thüringens sprechen, nicht über konkurrierende Lebensräume sprechen."

Die Modernisierung der kommunalpolitischen Schwerpunkte werde zukünftig eine wichtige Rolle spielen, besonders mit Blick auf die anstehenden Kommunalwahlen. Die kommunale Demokratie zu stärken, aber auch die Transparenz und die Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger:innen auszubauen, seien darüber hinaus weitere Ziele.

In den kommenden Monaten soll vor allem das Wahlgesetz weiter qualifiziert werden. Folgende Änderungen können wir uns dabei vorstellen:

1. Die Herabsetzung des Wahlalters: Hier wäre eine Herabsetzung auf 14 Jahre in Kommunen möglich. Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag hat sich bereits seit Jahren für eine Jugendbeteiligung in den Kommunen eingesetzt. „Wer Jugendbeteiligung ernst nimmt, muss auch das Recht auf Wahl ernst nehmen und entsprechende Änderungen herbeiführen. Es wäre einfach ein konsequenter Schritt, nun zu agieren."

2. Die Herabsetzung von Hürden für Wähler:innen: „Es geht darum, Verwaltungsvorgänge zu entbürokratisieren, so zum Beispiel die automatische Zusendung von Briefwahlunterlagen und Informationen über Kandidierende und Parteien". Ebenso die Zusendung von Grundinformationen über z. B. Kandidat:innen und Parteien in einer Wahl. Hier ginge es darum, den Informationszugang zu erleichtern. „Leider abonnieren nicht mehr ganz so viele Menschen die Zeitung, so wie wir uns das wünschen würden und wie es notwendig wäre für die Verbreitung von Informationen. Die automatische Zusendung könnte hier eine Mehrbeteiligung bringen."

„Wenn wir mit diesen Möglichkeiten dazu beitragen können, dass mehr Menschen an der Wahl teilnehmen, ist das ein demokratisches Ziel, dem wir näher gekommen sind."

> „Ich werde mich dafür einsetzen, dass Stadt und Land als Partner begriffen werden und wir über die Weiterentwicklung Thüringens sprechen"
>
> **Katja Maurer**
> Kommunalpolitische Sprecherin

Unsere 29

Mit 29 Abgeordneten stellt DIE LINKE mit Abstand die größte Fraktion im Thüringer Landtag. In dieser Rubrik stellen wir Ihnen unsere Abgeordneten näher vor.

Diesmal: Kati Engel

Kati Engel wurde 1983 in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) geboren. Sie ist gelernte Veranstaltungskauffrau und schloss ihre Ausbildung 2013 ab. Im Anschluss arbeitete sie im Wahlkreisbüro der damaligen Landtagsabgeordneten Johanna Scheringer-Wright. Seit 2014 ist sie Abgeordnete der Linksfraktion im Thüringer Landtag und dort als kinder- und jugendpolitische Sprecherin und Sprecherin für Suchtprävention tätig. Neben ihrer Arbeit im Landtag engagiert sie sich als Vorsitzende des Thüringer Verbandes der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten e.V.. Außerdem ist sie verheiratet und hat zwei Kinder.

Warum liegt dir Kinder- und Jugendpolitik besonders am Herzen?

Da Kinder und Jugendliche nicht in politischen Gremien vertreten sind und ihre Meinung und Belange dadurch oftmals übersehen bzw. wissentlich ignoriert werden, ist es mein Ziel, diesem Ungleichgewicht in der Politik entgegenzuwirken. Ich vertrete die Belange der Kinder und Jugendlichen im Gesetzgebungsverfahren und mache mich für die Umsetzung ihrer Rechte stark. Mein Herzenswunsch ist es, dass irgendwann die UN-Kinderrechtskonvention in allen politischen Bereichen auch Berücksichtigung findet.

Wie hältst du dich sportlich aktiv, wenn du nicht vor dem Schreibtisch sitzt?

Eines der wichtigsten Kinderrechte ist das Recht auf Spiel (Artikel 31). Daher verbringen meine Kinder und ich einen Großteil unserer Freizeit auch draußen im Wald und auf dem Spielplatz.

Daneben bin ich Kleingärtnerin und Mitglied des Fanfarenzuges der Wartburgstadt. Das ist besser als jedes Fitnessstudio.

Für welche:n Musiker:in oder welche Band würdest du fünf Stunden fahren, um ein Konzert zu besuchen?

Ich würde bis zum Nordkap und weiter fahren, wenn ich noch einmal Atari Teenage Riot live sehen könnte.

Keine Werbung für ungesunde Lebensmittel

Abgeordnete Engel befürwortet Regulierungsvorhaben der Bundesregierung

Die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Kati Engel, begrüßt das Vorhaben von Bundesernährungsminister Cem Özdemir zur Regulierung des Kindermarketings für ungesunde Lebensmittel: „Die Pläne sind eine gute Grundlage, um die Gesundheit von Kindern zu schützen und eine gesunde Ernährungsweise zu fördern."

„Die Bundesregierung ist nun bei den anstehenden Regulierungsfragen in der Pflicht, den Schutz der Kindergesundheit über die Interessen der Produzent:innen ungesunder Lebensmittel zu stellen", fordert die Landtagsabgeordnete. „Darüber hinaus brauchen wir für den Bereich des Kindermarketings zum Schutz der Kinder und Jugendlichen eine umfassende Regelung, die nicht nur die klassische Werbung im Fernsehen umfasst. Wichtig sind beispielsweise auch Beschränkungen für Influencerinnen und Influencer in den sozialen Medien oder eine Bannmeile im Umkreis von Kindergärten, Schulen, Jugendclubs und Spielplätzen."

Eine ausgewogene Ernährung ist elementar für die Gesundheit, vor allem bei Kindern und Jugendlichen. Kinder und Jugendliche essen etwa doppelt so viele Süßwaren, aber nur halb so viel Obst und Gemüse wie empfohlen. Laut Robert-Koch-Institut ernähren sie sich außerdem zu viel von Fleisch und Wurst. Einer Untersuchung von foodwatch aus dem Jahr 2021 zufolge entsprechen 86 Prozent aller betrachteten Lebensmittel, deren Werbung sich durch Bärengesichter, Comicfiguren oder Glitzer an Kinder richtet, nicht den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation, sind also zu süß, salzig oder fettig.

Weltweit haben bereits 20 Länder an Kinder gerichtete Werbung mit verbindlichen Regeln eingeschränkt. Eine Untersuchung mit 79 beteiligten Staaten, die zwischen 2002 und 2016 durchgeführt wurde, zeigt, dass der Pro-Kopf-Verkauf von ungesunden Lebensmitteln in den Ländern mit einer verbindlichen Werbeschranke tatsächlich um knapp neun Prozent gesunken, dagegen in solchen ohne Beschränkung um knapp 14 Prozent gestiegen ist. Kinder haben Rechte – auch ein Recht auf Medien: um sich zu informieren, ihre Meinung auszudrücken, sich mit anderen auszutauschen und Spaß zu haben. Kinder haben aber auch ein Recht auf Schutz – zum Beispiel auf den Schutz vor Werbung. Immer raffiniertere Werbeformen machen es Kindern schwer, diese überhaupt als Werbung zu erkennen.

Gerade junge Kinder können Werbung noch nicht von Informationen unterscheiden. Das bedeutet, sie nehmen alles gleichermaßen als „Wahrheit" auf. Ob beispielsweise eine YouTuberin in ihrem Video zufällig ein bestimmtes Produkt benutzt, weil es zur Handlung gehört oder ob dahinter eine bestimmte Werbeabsicht steckt, ist nicht immer eindeutig erkennbar. „Werbung wirkt – ein Leben lang. Die Persönlichkeit von Kindern soll sich gesund entwickeln können und sie befähigen, Entscheidungen selbstbestimmt und verantwortungsvoll zu treffen, seien sie für oder gegen einen Kauf oder ein anderes Verhalten. Zu viel Werbung und fehlende Begleitung durch Eltern oder Erwachsene im Umgang mit Medien kann die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern negativ beeinflussen", so die Abgeordnete Engel abschließend.

Arbeitslosenparlament im Thüringer Landtag

Güngör und Stange im Austausch mit Delegierten

Ende Februar trag zum 47. Mal das Thüringer Arbeitslosenparlament zusammen. Die Interessenvertretung der verschiedenen Arbeitsloseninitiativen versteht sich als Sprachrohr für arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen.

Die 69 Deligierten erhielten im Plenarsaal des Thüringer Landtags u. a. die Möglichkeit, Fragen und Wünsche an unsere Abgeordneten Lena Saniye Güngör und Karola Stange zu richten und mit ihnen in die Diskussion zu kommen. Wichtige Themen waren das neue Bürgergeld der Bundesregierung und der Renten-Härtefallfonds. „Die Lage derjenigen, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen, ist insbesondere vor dem Hintergrund der Inflation prekär. Hartz IV ist zwar abgeschafft, aber als LINKE halten wir das Bürgergeld für keine existenzielle Verbesserung", erklärte Lena Güngör in ihrer Rede. Zum DDR-Renten-Härtefallfonds der Ampelregierung äußerte sich Karola Stange: „Gerechtigkeit wird es mit dem auf Bundesebene verabschiedeten Fonds nicht geben". Viele in der DDR geschiedene Frauen würden durch das Raster fallen. Die LINKE fordert daher einen Gerechtigkeitsfonds. Durch diesen sollten alle, die bisher nicht bedacht worden seien, einen Ausgleich bekommen.

Mehr als Blumen und Applaus!

Gleichberechtigung braucht Parität.

Noch immer sind Frauen in Gesellschaft, Politik und Wissenschaft deutlich unterrepräsentiert. Auch im Thüringer Landtag kann bei einem Frauenanteil von rund 32 Prozent von einer gleichberechtigten Teilhabe keine Rede sein.

Gleichstellung ist ein wichtiges Ziel der LINKEN. Wir fordern deshalb Parität. Das heißt, dass entsprechend der Verteilung in der Bevölkerung mindestens 50 Prozent der Abgeordneten im Parlament Frauen sein sollen. Dazu hat die rot-rot-grüne Koalition bereits 2019 einen Gesetzentwurf vorgelegt. Der Thüringer Verfassungsgerichtshof hält diesen bislang für verfassungswidrig.

Als LINKE wollen wir uns weiter für die Umsetzung eines Paritätsgesetzes stark machen. Denn wir sind der Meinung: Die paritätische Besetzung mit Frauen und Männern ist notwendig für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen.

Einladung zur Veranstaltung „Parität – Jetzt!“
am 23. März 2023 im Landtag

Die Veranstaltung findet statt am 23. März 2023 von 13 bis 16 Uhr in Raum F201 im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, Erfurt.
Anmeldung bis 17. März auf www.die-linke-thl.de/anmelden

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

Die letzte Seite

Für guten Lesestoff: Wir haben Abgeordnete und Mitarbeiter:innen nach ihren Lieblingsbüchern gefragt.

Pauline Lörzer liest „Der Tag, an dem ...“ Bücher von Autor Marc-Uwe Kling.

Viele von uns lesen in ihrem Alltag nicht nur für sich selbst, sondern lesen auch anderen vor. Das ist besonders für Kinder wichtig, die dadurch ihren Wortschatz, Ausdruck ihre Phantasie und Kreativität erweitern, neues Wissen zu erlangen oder die Welt dadurch besser zu verstehen. Ganz besonders toll ist es, wenn die Bücher die wir vorlesen, nicht nur für die Kinder, sondern auch uns als Vorlesende ihren Reiz haben. Als ganz besonderes Highlight für mich hat sich dabei die „Der Tag, an dem ...“-Kinderbuchreihe von Marc-Uwe Klinge herausgestellt.

Marc-Uwe Kling wird dem ein oder anderen als Autor der „Känguru Chroniken“, von „Quality-Land“ oder auch als Autor einiger Spiele „Halt mal kurz“ bekannt sein. Humorvoll pointiert, politisch klar akzentuiert, vermittelt er gesellschaftskritische Themen. Zuletzt wurden seine Känguru-Bücher sogar in zwei Kinofilmen umgesetzt. Aber auch als Kinderbuchautor ist Marc Uwe-Kling seit sieben Jahren aktiv. Seinen ersten Ausflug ins Reich der Kinderbücher markierte „Prinzessin Popelkopf“, gefolgt vom „Ostermann“ und dem „NEINhorn“. Während diese sich an die kleineren Kinder richteten, folgte ab 2018 eine bisher vierbändige Reihe, die eher für Kinder ab dem Grundschulalter ausgelegt ist (und sich damit nicht nur zum Vorlesen, sondern auch selber lesen hervorragend eignet).

In typisch humorvoller und von sprachlichem Witz geprägter Kling-Manier, begibt sich diese Reihe in die Welt einer siebenköpfigen Familie (Mutter, Vater, der 12-jährige Max, die 17-jährige Luisa, die kleine Tiffany und die Großeltern) und ihren chaotischen Alltag. Schon die Titel der Bücher lassen dabei erahnen, dass die Bücher als unterhaltsame Familienlektüre angelegt sind:

- Der Tag, an dem die Oma das Internet kaputt gemacht hat.
- Der Tag, an dem der Opa den Wasserkocher auf den Herd gestellt hat.
- Der Tag, an dem Papa ein heikles Gespräch führen wollte.
- Der Tag, an dem Tiffany das Wasser aus der Wanne geschaukelt hat.

Im ersten Band werden wir in die Familie eingeführt, indem die Großeltern auf die Kinder aufpassen. Doch als sich die Oma im Netz verklickt, macht sie das gesamte Internet kaputt und löst Chaos aus. Die Familie macht aus der Not eine Tugend und der durch Zwang erfolgte Tag ohne Medien führt zu Zeit, die man sich miteinander nimmt. Im zweiten Band stellt der Opa den neuen

> „Humorvoll pointiert, politisch klar akzentuiert vermittelt Kling gesellschaftskritische Themen“
>
> **Pauline Lörzer**
> zu Buchreihe von M.-U. Kling

Retro-Look Wasserkocher auf den Herd. Die Familie flüchtet aus dem verqualmten Haus, aber anstatt der Opa Ärger kriegt, kommt nach und nach raus, dass alle Familienmitglieder schon mal richtig Mist gebaut haben.

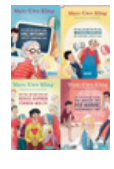
Der dritte Band erzählt, wie es Papa ebenso gar nicht schafft, mit seinen Kindern unverkrampft über Sex zu sprechen. Und ganz nebenbei gelingt dem Buch dadurch das, woran der Papa scheitert, – nämlich unterhaltsam und locker dieses Thema zu vermitteln.

Im vierten Band gönnen sich die Frauen einen Wellnesstag außer Haus und lassen den Profi-Papa mit dem Opa Max und Tiffany allein. Die setzt beim Baden das Haus unter Wasser, was die männlichen Rettungsversuche an den Wasserleitungen nicht unbedingt verbessern. Doch gemeinsam meistert man auch diese Situation.

Alle vier Bücher zeichnen sich durch einen von Dialog geprägten, lockeren und sehr humorvollen Erzählstil aus. Zwar bauen die Rollen durchaus auf überzeichneten Vorurteilen auf (die schusseligen Großeltern, auf die die Kinder genauso aufpassen wie andersherum; der Mann, der sich in seinen Reparaturfähigkeiten latent überschätzt; die rebellische Teenagertochter; das neunmalkluge Kleinkind, ...) bilden so aber die Grundlage für die herrlich humorvollen Konversationen zwischen den Familienmitgliedern. Die Situationen sind so aus dem Alltag gegriffen, dass man sich ob mit oder ohne ähnlichen Familienkonstellationen sofort in die Situationen einfühlen kann und gleichzeitig so überspitzt, dass die Erwachsene bei diesen Büchern mindestens (wenn nicht sogar mehr) Lesevergnügen haben wie die Kinder. Gleichsam sind die Bücher aber nicht nur sehr humorvoll, sondern auch durchaus gesellschaftskritisch und bieten gleichsam Stoff zum Lachen, wie auch zum gemeinsamen Diskutieren und Reflektieren. Viele Themen sind dabei hervorragend kindgerecht, erklärt.

Wer dabei keine „politische Indoktrinierung“ (um aus negativen Kritiken von Amazon zu zitieren) fürchtet, kann sich auch auf latente Kritik am Bankwesen, der Erklärung, was Kacknazis sind, oder warum „Danke Merkel“ als überironischer Kommentar im Alltag von Tätern verwendet wird, „die so tun, als wären sie Opfer“ erfreuen. Unterstrichen wird das Ganze mit den nicht nur hübsch anzuschauenden, sondern ebenso lebendigen wie urkomischen Illustrationen von Astrid Henn. So bleibt zu hoffen, dass diese Buchreihe auch noch einen fünften Teil bekommt.

Pauline Lörzer, wissenschaftliche Mitarbeiterin für Europa-, Kultur- und Medienpolitik



„Der Tag, an dem ...“ - Kinderbücher von Marc-Uwe Kling und Astrid Henn im Set.
Carlsen Verlag
ASIN: B08CK5NJFX
Seiten: 274